

Marie-Louise von Bernuth

Die Doppelkontrolle
von Schiedssprüchen
durch staatliche Gerichte



PETER LANG
Europäischer Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1. Kapitel: Deutschland	6
A. Die unterschiedliche Behandlung von in- und ausländischen Schiedssprüchen	6
I. Der Begriff des ausländischen Schiedsspruchs	7
II. Internationale Schiedssprüche ?	8
B. Die Aufhebungsklage nach § 1041 ZPO	11
I. Verfahren	11
II. Die einzelnen Aufhebungsgründe	14
1. § 1041 I Nr.1: kein gültiger Schiedsvertrag oder ein sonst unzulässiges Verfahren	14
2. § 1041 I Nr.2: Verstoß gegen den deutschen ordre public	15
3. § 1041 I Nr.3: mangelnde Vertretung	17
4. § 1041 I Nr.4: Nichtgewährung rechtlichen Gehörs	18
5. § 1041 I Nr.5: Fehlen einer Entscheidungsbegründung	18
6. § 1041 I Nr.6: Vorliegen von Restitutionsgründen	18
III. Anfechtungsausschluß	19
IV. Auswirkungen der bereits erfolgten Vollstreckbarerklärung	21
1. Die nachträgliche Aufhebungsklage	21
2. Das Wiederaufnahmeverfahren	22
C. Die Vollstreckbarerklärung nach dem Übereinkommen der Vereinten Nationen	23
I. Grundsätzliches	23
1. Anwendungsbereich	23
2. Verfahren	24
II. Der Katalog der Anerkennungsversagungsgründe des Art. V Abs.1 und 2	24
1. Abs.1 lit.a: Unwirksamkeit des Schiedsvertrags	24
2. Abs.1 lit.b: Nichtgewährung rechtlichen Gehörs, faires Verfahren	25

3. Abs.1 lit.c: Überschreitung der Schiedsvereinbarung	25
4. Abs.1 lit.d: Mißachtung der Vorschriften über die Bildung des Schiedsgerichts und das schiedsrichterliche Verfahren	25
5. Abs.2 lit.a: Schiedsfähigkeit des Streitgegenstandes	26
6. Abs.2 lit.b: Verstoß gegen den ordre public des Vollstreckungslandes	28
III. Art. V Abs.1 lit.e UNÜ	28
1. 1. Alternative: "noch nicht verbindlich geworden"	28
2. 2. Alternative: "aufgehoben oder in seinen Wirkungen einstweilen gehemmt"	31
IV. Doppelkontrolle	33
D. Die Vollstreckbarkeit nach der ZPO	34
I. Inländische Schiedssprüche	34
II. Ausländische Schiedssprüche	35
1. Verbindlichkeit des Schiedsspruchs	36
2. Insbesondere: § 1044 II Nr.1 ZPO - die Rechtsunwirksamkeit des Schiedsspruchs	38
3. Die Ablehnungsgründe des § 1044 II Nr.2 bis 4 ZPO	45
4. § 1044 IV ZPO: die nachträgliche Aufhebung der Vollstreckbarerklärung	46
5. Verzichtsvereinbarungen	47
III. Doppelkontrolle	47
E. Das Europäische Übereinkommen	49
I. Allgemeines	49
1. Neuerungen durch das Europäische Übereinkommen	49
2. Anwendungsbereich (Art. I)	49
II. Insbesondere Art. IX EÜ	50
III. Doppelkontrolle	54
F. Verhältnis der Verfahren zueinander	56
I. Aufeinanderfolgen der Verfahren	56
1. Aufhebungsverfahren bereits abgeschlossen	56
2. Vollstreckbarerklärungsverfahren bereits abgeschlossen	69

II. Parallele Verfahren	70
1. Nach erhobener Aufhebungsklage wird die Vollstreckbarerklärung beantragt	71
2. Während das Vollstreckbarerklärungsverfahren läuft, wird Aufhebungsklage erhoben	71
2. Kapitel: Das UNCITRAL-Modellgesetz	73
A. Allgemeines	73
B. Stand der Reformdiskussion in Deutschland	75
C. Die hier maßgeblichen Vorschriften	76
I. Die Aufhebungsklage	76
1. Anwendungsbereich und Verfahren	76
2. Aufhebungsgründe	77
II. Die Anerkennung und Vollstreckung des Schiedsspruchs	78
III. Doppelkontrolle	79
3. Kapitel: Frankreich	83
A. Die Reform von 1980/81	83
I. Die Grundzüge der Reform	83
II. Insbesondere die Einführung des Begriffs "internationaler Schiedsspruch" und die Abgrenzung zu den Begriffen "in- und ausländischer Schiedsspruch"	85
III. Überblick über die Kontrollmöglichkeiten staatlicher Gerichte (die "Rechtsmittel gegen den Schiedsspruch")	87
IV. Die Bedeutung des UNÜ, des EÜ und des UNCITRAL-Modellgesetzes für Frankreich	90
B. Die Aufhebungsberufung (recours en annulation)	92
I. Der recurs nach Art. 1484 NCPC gegen inländische Schiedssprüche	92
1. Verfahren	92
2. Die Gründe des Art. 1484	93
II. Der recurs nach Art. 1504 NCPC gegen internationale, in Frankreich ergangene Schiedssprüche	96
1. Verfahren	97
2. Die Gründe des Art. 1502	97

III. Ausschluß der Rechtsmittel	98
C. Die Anerkennung ausländischer und internationaler Schiedssprüche	99
I. Das Prinzip der automatischen Anerkennung	99
II. Das gesonderte Anerkennungsverfahren	100
D. Die Vollstreckbarerklärung	101
I. Inländische Schiedssprüche	101
1. Verfahren	101
2. Die Kontrollkompetenz des Exequaturrichters	101
3. Die Rechtsmittel	103
II. Ausländische Schiedssprüche	104
1. Verfahren	104
2. Die Rechtsmittel	104
E. Doppelkontrolle	108
I. Existenz zweier Verfahren	108
II. Alternativität und Begrenzung der Rechtsmittel	108
III. Bündelung der gerichtlichen Zuständigkeiten	110
IV. Suspendierung der Vollstreckung durch Einlegung eines Rechtsbehelfs	111
V. Doppelkontrolle über die Grenze hinweg ?	111
VI. Bewertung	113
4. Kapitel: Schweiz	114
A. Die Gesetzeslage	114
I. Das interkantonale Schiedskonkordat vom 27.3./27.8.1969	114
II. Das neue Gesetz über das Internationale Privatrecht vom 1.1.1989	115
III. Übernahme des UNCITRAL-Modellgesetzes ?	116
IV. Die auf die Vollstreckung von Schiedssprüchen anwendbaren Vorschriften	116
B. Die Anfechtung nationaler Schiedssprüche	118
I. Die Nichtigkeitsbeschwerde gem. Art. 36-40 Schiedskonkordat	118
1. Verfahren	118

2. Die Nichtigkeitsgründe	119
II. Die Revision gem. Art. 41-43 Schiedskonkordat	120
1. Verfahren	120
2. Revisionsgründe	121
C. Die Anfechtung internationaler Schiedssprüche	122
I. Die Nichtigkeitsbeschwerde des Art. 190 IPRG	122
1. Verfahren	122
2. Nichtigkeitsgründe	124
II. Anfechtungsausschluß	125
1. Voraussetzungen	126
2. Wirkungen	126
3. Kritische Würdigung	127
D. Die Vollstreckung	132
I. Die Vollstreckung nationaler, in der Schweiz ergangener Schiedssprüche	132
II. Die Vollstreckung internationaler, in der Schweiz ergangener Schiedssprüche ohne Anfechtungsausschluß	134
III. Die Vollstreckung internationaler, in der Schweiz ergangener Schiedssprüche mit Anfechtungsausschluß	135
IV. Die Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche	135
E. Doppelkontrolle	137
I. Existenz zweier Verfahren zur Kontrolle	137
II. Begrenzung der Rechtsmittel	137
III. Alternativität der Rechtsmittel	138
IV. Bündelung der gerichtlichen Zuständigkeiten	139
V. Suspendierung der Vollstreckung durch Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen den Schiedsspruch	140
VI. Verstreichenlassen der Anfechtungsfrist	140
5. Kapitel: Doppelkontrolle	142
A. Der verfassungsrechtliche Hintergrund	142
B. Die Interessenlage	144

I.	Interessen der Parteien	144
1.	Interesse der unterlegenen Partei an möglichst weitgehendem Rechtsschutz	144
2.	Interesse der siegreichen Partei an einer möglichst zügigen Vollstreckung	144
3.	Interesse der unterlegenen Partei, keinem Exequatur-Shopping durch die siegreiche ausgesetzt zu sein	145
4.	Interesse beider Parteien an einer gerechten Entscheidung	145
5.	Interesse beider Parteien an der Verbindlichkeit des Schiedsspruchs	146
6.	Interesse beider Parteien an einer möglichst kostengünstigen Entscheidung	146
II.	Interessen des Staates, der Allgemeinheit, Dritter	146
1.	Interesse des Staates, die Schiedsgerichtsbarkeit zu kontrollieren	146
2.	Interesse des Staates, die Schiedsgerichtsbarkeit nicht zu weitgehend zu re-glementieren	147
3.	Interesse des Staates an der Vermeidung sich widersprechender Entscheidungen	147
4.	Interesse der Allgemeinheit, daß nicht über die Schiedsgerichtsbarkeit sie schädigenden Absprachen Geltung verschafft wird	147
5.	Interesse Dritter, nicht unberechtigt in Schiedsverfahren verwickelt zu werden	148
C.	Die Aspekte der Doppelkontrolle: Wann kann man von Doppelkontrolle sprechen ?	149
I.	Prozessuale Aspekte	149
1.	Existenz zweier Verfahren zur Kontrolle	149
2.	Abhängigkeit der Verfahren voneinander	150
3.	Verfahrensrechtliche Alternativität der Rechtsmittel	151
II.	Materiell-rechtliche (inhaltliche) Aspekte	151
1.	Die Bedeutung der Kontrolle im Anfechtungsverfahren für das Vollstrek-kungsverfahren	151
2.	Das Problem des Prüfungsmaßstabes	153
III.	Definitionsversuch	153
D.	Möglichkeiten, die Doppelkontrolle zu verhindern	155
I.	Abschaffung der Aufhebungsklage	155

II.	Fakultativer Anfechtungsausschluß	158
III.	Abschaffung der Möglichkeit, Einwendungen im Rahmen der Vollstreckung vorzubringen	159
IV.	Einzelne Normen, die die Doppelkontrolle partiell verhindern	161
V.	Akzessorietät der Anerkennung (Abhängigkeit von dem Bestand des Schiedsspruchs in seinem Heimatland)	162
VI.	System von alternativ zugelassenen Rechtsmitteln	163
	1. generell über prozessuale Figuren wie die materielle Rechtskraft, den Rechtshängigkeitseinwand oder das Rechtsschutzbedürfnis	164
	2. speziell durch ein System von Einzelnormen	164
VII.	Zuständigkeitsbündelung	166
E. Bewertung		167
I.	Verkürzung des Instanzenzuges	167
II.	Zuständigkeitsbündelung	168
III.	Verlagerung der Vollstreckungskontrolle in das Berufungsverfahren über die Vollstreckbarerklärung	168
IV.	Alternative Möglichkeiten zur Unterbindung von Verschleppungstaktiken	168